

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

9.12.1932 (No. 289)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karls-Friedrich-
Straße Nr. 14
Bismarck-
Nr. 955
und 954
Postfach
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. Amen
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. — Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Rabat, der als Kaszerrabat gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Ähnliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karls-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vortreibung und Konkursverfahren fällt der Rabat fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Exzesse, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Amnestie

Beschlüsse des Rechtsausschusses

BDZ. Berlin, 9. Dez. (Tel.) Der Rechtsausschuss des Reichstags nahm am Freitagvormittag den Amnestieentwurf mit 21 gegen 4 Stimmen in der Schlussabstimmung an. In der gestern angenommenen Fassung ist nur noch infomeren eine Änderung eingetretten, als das Delikt des schweren Raubes von der Amnestie ausgenommen wird. Aus der Debatte sei erwähnt, daß Reichsjustizminister v. Schleichler durch den Reichsjustizminister mitteilen ließ, er habe schwere Bedenken gegen die Ausdehnung der Amnestie auf die Delikte des Landes- und Hochverrats. Er, der Reichsjustizminister, werde die Vorlage auf ihre Auswirkungen vom Standpunkt der Wehrmacht aus ernsthaft prüfen.

Der nach langwierigen interfraktionellen Verhandlungen zustande gekommene Amnestieentwurf des Reichstags basiert auf der unten mitgeteilten Skizze des Reichsjustizministers. Die Fraktionen haben dieser Skizze allerdings noch eine Reihe wesentlicher Bestandteile zugefügt.

Nach der so zustande gekommenen Fassung wird für Straftaten, die aus politischen Beweggründen oder aus Anlaß von Wirtschaftskämpfen begangen wurden, Amnestie in der Weise gewährt, daß Strafen bis zu 5 Jahren erlassen werden. Längere Strafen sollen zunächst um 5 Jahre gemindert und der Rest noch halbiert werden. An die Stelle von Zuchthaus soll dabei Gefängnis treten. Für Straftaten, die infolge wirtschaftlicher Not des Täters oder seiner Angehörigen begangen wurden, soll die Strafe erlassen werden, wenn der Täter nicht oder nur bis zu 3 Monaten vorbestraft ist, und wenn es sich um eine Freiheitsstrafe von nicht mehr als 6 Monaten handelt.

Nichtamnestiert werden Verbrechen gegen das Leben, gegen den § 1 der Antiklerikverordnung vom 9. Aug. 1932, wenn ein Mensch getötet oder verletzt worden ist, ferner gemeingefährliche Verbrechen mit Todesfolge, Verbrechen des schweren Raubes, Verbrechen des Landesverrats und Verrats militärischer Geheimnisse, wenn die Tat aus Eigennutz begangen ist, und die Sprengstoffverbrechen. Hochverrat soll also mitamnestiert werden und auch Landesverrat in den Fällen, in denen die Tat nicht aus Eigennutz begangen wurde.

Die gestrige Aussprache im Ausschuss

Der Rechtsausschuss des Reichstags behandelte am Donnerstag in einer Nachmittag- und Abend Sitzung die Amnestiefrage. An den Beratungen nahm auch der Reichsjustizminister Dr. Gurtner teil. Im Verlaufe der Sitzung legte der Minister den flüchtigen Entwurf für eine allgemeine Amnestie vor.

Hierauf soll für Straftaten, die aus politischen Beweggründen oder aus Anlaß von wirtschaftlichen Kämpfen begangen wurden, in der Weise Straferlass gewährt werden, daß die Strafen bis zu fünf Jahren erlassen werden; längere Strafen werden gemindert, auch soll an Stelle von Zuchthaus Gefängnis treten. Bemerkenswert ist hierbei, daß der Hochverrat nicht mehr unter die Ausnahmen von der Amnestie fällt, außerdem ist bei Landesverrat und bei Verrat militärischer Geheimnisse die Einschränkung gemacht worden, daß die Tat aus Eigennutz begangen sein muß, wenn keine Amnestierung eintritt.

In der sich anschließenden Debatte war eine Einigung über den Entwurf noch nicht zu erzielen, auch behielten einige Parteien ihre Stellungnahme noch vor. Die Abstimmung wurde daher auf Freitag früh vertagt.

In der Aussprache kam es zunächst zu einer außerordentlich scharfen Auseinandersetzung zwischen dem Abg. Dr. Marum (S.) und den Kommunisten, die den Sozialdemokraten zum Wortvortritt machten, sie hätten die restlose Amnestierung der proletarischen Gefangenen verhindert. Abg. Dr. Marum erklärte, daß nur durch das entschiedene Eintreten der Sozialdemokraten die Amnestievorlage auch auf die Hochverräter Anwendung finden solle, also auf die ganz erhebliche Zahl von verurteilten Kommunisten.

Die Nationalsozialisten erklärten ihre Stellungnahme wie folgt: Die Grundfrage der Amnestie soll die Notwendigkeit einer totalen Liquidation der Weimarer Epoche herbeiführen, soweit es sich um Vergehen und Verbrechen handelt, die gegen den einzelnen, nicht gegen die Gemeinschaft von Volk und Staat, gerichtet sind. Dieser Grundgedanke der Totalität ist durch die Herausnahme der Sprengstoffverbrechen und Verbrechen gegen das Leben durchbrochen worden. Wenn die Nationalsozialisten trotzdem die Annahme erwägen, so geschieht das mit Rücksicht auf den großen Umfang der Amnestie, denn durch diese werden eine große Anzahl von Volksgenossen aus dem Elend befreit. Die Nationalsozialisten beantragten jedoch, die Abstimmung auf Freitag zu verschieben, da die Ausnahme des Hochverrats und des Landesverrats unter gewissen Bedingungen ihnen die Annahme des Gesetzes schwer mache.

Abg. Dr. Marum (S.) erklärte kategorisch, daß seine Fraktion nur einer Vorlage in der vorliegenden Form zustimmen könne. Wenn diese nicht den Wünschen der Nationalsozialisten entspreche, sollten sich diese die notwendige Zweidrittelmehrheit suchen. Auf Unterstützung der Sozialdemokraten könnten sie dann nicht rechnen.

Auf eine Anfrage erklärte der Reichsjustizminister Gurtner, er könne die Stellungnahme des Kabinetts noch nicht mitteilen. Auch wisse er nicht, welche Stellung der Reichsrat einnehmen werde. Nach seiner persönlichen Auffassung sei es jedoch möglich, daß der Reichsrat daran Anstoß nehmen werde, daß der Hochverrat nicht von der Amnestie ausgeschlossen werden solle. Ähnlich liege es bei der Einschränkung des Landesverrats.

Das Reichshaushaltsdefizit betrug Ende Oktober 1932 1244,3 Mill. Reichsmark.

Letzte Nachrichten

Die heutige Reichstags-Sitzung Vor den Abstimmungen

BDZ. Berlin, 9. Dez. (Tel.) Auf der Tagesordnung der heutigen Vollversammlung des Reichstags, die um 11 Uhr begann, steht nicht nur die Fortsetzung der ersten Beratung der sozialpolitischen Vorordnungen, sondern auch schon die zweite und dritte Beratung der Initiativ-Gesetzentwürfe, die der Reichstag nach der Verlesung verabschieden will. Schwierigkeiten kann allerdings die Amnestievorlage bereiten, falls die Deutschnationalen gegen ihre Verabschiedung Widerspruch erheben. Ein solcher Widerspruch ist nach der Geschäftsordnung möglich, weil die Vorlage, die erst vormittags vom Ausschuss verabschiedet wurde, nachmittags wahrscheinlich noch nicht gedruckt vorliegen kann. Im Falle eines solchen Widerspruchs rednet man mit der Abhaltung einer Nachsitzung, die um 12 Uhr beginnt oder noch mit einer kurzen Sitzung am Samstag früh. Die Zweidrittelmehrheit für die Amnestievorlage gilt jedoch als wahrscheinlich, da zwar Kommunisten und Nationalsozialisten von der Kompromißvorlage des Ausschusses nicht befriedigt sind, aber auch die Vorlage nicht zu Fall bringen möchten, weil sie doch für viele politische Inhaftierte ein Wehrnachteil bedeuten würde.

Das Vertretungsgesetz für den Reichspräsidenten angenommen

BDZ. Berlin, 9. Dez. (Tel.) Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden in üblicher Weise die Urlaubsbewilligungen an Abgeordnete bekanntgegeben. Abg. Torgler (A.) rief: „Wie ist es mit dem Nationalsozialistischen Straßer?“ Reichspräsident Eiser erwidert: „Ein Urlaubsgesuch des Abg. Straßer ist noch nicht eingegangen.“

Dann wurde in dritter Lesung ohne Aussprache über das von den Nationalsozialisten beantragte Vertretungsgesetz für den Reichspräsidenten namentlich abgestimmt. Das Gesetz lautet:

„Der Reichspräsident wird im Falle seiner Verhinderung durch den Präsidenten des Reichsgerichts vertreten. Das gleiche gilt für den Fall einer vorzeitigen Erledigung der Präsidentschaft bis zur Durchführung der neuen Wahl.“

Die namentliche Abstimmung ergab die Annahme des Gesetzes mit 404 gegen 127 kommunistische und deutschnationale Stimmen.

Die für verfassungsändernde Gesetze erforderliche qualifizierte Mehrheit, in diesem Falle 354 Stimmen, ist damit überschritten.

Hierauf wurde die am Mittwoch abgeordnete sozialpolitische Aussprache fortgesetzt. Abg. Meißner (Soz.) begründete einen von den Sozialdemokraten eingebrachten Gesetzesentwurf über planmäßige Arbeitsbeschaffung. Darin werden Reichszuschüsse für öffentliche Arbeiten und Kleinwohnungsbaue sowie Gemeindeförderungen, kollektive Selbsthilfe der Arbeitslosen, Schulung jugendlicher Erwerbsloser und Hausreparaturen gefordert.

Die Regierungsfrage in Preußen Noch keine Wahl des Ministerpräsidenten

BDZ. Berlin, 9. Dez. (Tel.) Wie BDZ. meldet, ist der Preussische Landtag jetzt vom Präsidenten Herrl zu seinem nächsten Sitzungsabschnitt für kommenden Mittwoch, den 14. Dezember, nachmittags, einberufen worden. Die Wahl des Ministerpräsidenten steht nicht auf der Tagesordnung.

Das Haus wird sich vielmehr mit einer großen Anzahl von Ausschussbeschlüssen beschäftigen, und vor allem die Abstimmungen über die Anträge zu den Auseinandersetzungen zwischen Reich und Preußen wiederholen. Bei diesen Abstimmungen war das Haus in der letzten Sitzung beschlußfähig gemacht worden, als die Anträge zugunsten der Regierung Braun zur Entscheidung kommen sollten. Der Sitzungsabschnitt des Landtages wird einige Tage dauern. Nunmehr dürfte kaum noch mit der Wahl des Ministerpräsidenten in Preußen vor Mitte Januar zu rechnen sein.

Keine Erkrankung des Reichspräsidenten. In der ausländischen Presse sind wieder einmal falsche Gerüchte über eine Erkrankung des Reichspräsidenten verbreitet. Auch die gestrigen Empfänger, insbesondere die längere Aussprache mit den Vertretern der christlichen Gewerkschaften, die der Reichspräsident gehabt hat, beweisen — wie in Berlin erklärt wird — seine körperliche und geistige Mithigkeit und Aktivität. Aus der Umgebung des Reichspräsidenten verlautet, daß er, als ihm diese Gerüchte zu Ohren kamen, erklärt hat, ihm sei von diesen Dingen nichts bekannt.

Die Zahl der Arbeitslosen im Reich belief sich am 30. November auf rund 5 358 000. Die Zunahme gegenüber Mitte dieses Monats betrug rund 92 000. Das Tempo der jahreszeitlichen Verschlechterung hat sich etwas verlangsamt.

Ein kommunistischer Schwarzsender machte sich in Berlin mehrfach bemerkbar. In Zusammenarbeit mit Beamten der Post und Reichsrundfunkgesellschaft gelang es der politischen Polizei, den Schwarzsender in dem Hause Reinholdsdorfer Straße 100 in dem Augenblick festzustellen, als er von drei Leuten abmontiert und fortgeschafft werden sollte. Der Apparat ist beschlagnahmt. Die drei Personen sind verhaftet.

Der Kreuzer „Köln“ trat gestern, Donnerstag, vormittag in Wilhelmshaven die Ausreise zu seiner einjährigen Fahrt um die Welt an.

Wirtschaftliche Umschau

Konjunktur und Arbeitsbeschaffung — Aus der Kraftwagenindustrie

Fragen nach der Gestaltung der Konjunktur in der Welt und in Deutschland werden naturgemäß in einer Zeit wie der gegenwärtigen dauernd gestellt. Dabei muß aber von zwei Gesichtspunkten ausgegangen werden. Die erste Frage ist die, ob nun die Wirtschaft so weit ist, aus ihrer eigenen Gefährlichkeit heraus den Weg zum Aufstieg zu finden. Bei der zweiten Frage aber handelt es sich um das Problem, inwieweit der Staat imstande ist, durch gesetzgeberische Maßnahmen „anzukurbeln“, d. h. entweder durch Freimachung von Krediten öffentliche Arbeiten zu ermöglichen und durch direkte Aufträge die Wirtschaft zu beleben, oder ihr auf andere schonende, pflegliche Weise wie Steuerermäßigung, entsprechende Handelspolitik, Stützung der natürlichen Kräfte des Kapitalmarktes, Förderung der Ausfuhr usw., Anreiz zu Investitionen und zur Steigerung der Produktion zu geben. Gerade die in der zweiten Frage liegenden Einzelprobleme sind gegenwärtig aktuell. Es handelt sich auch um den gewaltigen, schon fast nicht mehr übersehbaren Komplex, der „Arbeitsbeschaffungsprogramm“, die einmal danach zu beurteilen sein werden, ob durch Kreditanweisungen die Stabilität der Währung nicht gefährdet wird und weiterhin danach, ob dadurch tatsächlich wirksam in die Wirtschaftskonjunktur eingegriffen werden kann. Die radikalen Pläne dieser Art haben plan- und zwangswirtschaftlichen Charakter und streben eine künstliche Geldschöpfung, unabhängig vom Goldstandard, an. Sie werden schon aus diesen Gründen vom Standpunkt der Privatwirtschaft aus bekämpft.

In Deutschland hat man bereits viele Versuche in der Richtung der Arbeitsbeschaffung durch den Staat unternommen, und der größte Versuch, das Wirtschaftsprogramm der letzten Reichsregierung, mit einem Gesamtumfang von 2,7 Milliarden Reichsmark, der vor allem die private Wirtschaft stützen will, ist zur Zeit im Gange. Bei diesem Versuch handelt es sich in erster Linie darum, der Wirtschaft Erleichterungen durch das Steuergutscheinensystem und außerdem durch die Lohnprämierung gleichfalls mit Hilfe der Steuergutscheine zu geben. Es ist bemerkenswert, daß sich der Reichsbankpräsident in diesen Tagen für Änderungen in diesem System ausgesprochen hat, indem er es als möglich bezeichnete, im Rahmen des Regierungsprogramms, die für die Lohnprämierung vorgesehenen 700 Millionen Reichsmark eventuell zum Teil für öffentliche Arbeitsbeschaffungen anzusetzen, und zwar mit der Begründung, daß die Lohnprämien von den Unternehmern nicht genügend beansprucht würden. Ist letzteres tatsächlich der Fall, was sich allerdings noch nicht feststellen läßt, so wäre hierdurch allerdings die Möglichkeit geschaffen, weitere Mittel für öffentliche Arbeitsbeschaffung einzusetzen.

Der bekannte Gereke-Plan, der gleichfalls in erster Linie die Arbeitsbeschaffung durch öffentliche Aufträge unter Bereitstellung öffentlicher Mittel, ohne neue zusätzliche Belastung der Wirtschaft in Aussicht nimmt, wird zweifellos, nachdem sein Urheber, der Präsident des Deutschen Landgemeindetags, Landrat Dr. Gereke, zum Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung ernannt worden ist, weiter verfolgt werden. Der Plan ist auslegungsfähig und umgestaltungsfähig, und Dr. Gereke soll der Reichsregierung nun seine präzisieren Vorschläge machen. Dazu kommt noch ein sich in ähnlichen Gedankengängen bewegender Plan des Deutschen Städtetags, der ähnlich, wie dies der Reichsbankpräsident in seiner Rede in München offen ließ, einen Teil der Mittel, die über den Weg der Steuergutscheine vom Reich zur Belebung der Wirtschaft zur Verfügung gestellt worden sind, für die Einschaltung der Kommunen in den Wirtschaftsplan benutzen will. Schließlich hat der Leiter des Instituts für Konjunkturforschung, Professor Wagemann, sich für eine beschleunigte Verwirklichung der Kreditzusagen der Reichsbank für die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung und die Belebung der Steuergutscheine ausgesprochen und dazu allerdings stark umkämpfte Vorschläge gemacht. Wir haben somit damit zu rechnen, daß weitere staatliche Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft in absehbarer Zeit getroffen werden. Vor einer Überschätzung ihrer Wirksamkeit ist freilich zu warnen.

Endgültige Annahme der badischen Kirchenverträge

Mit 44 gegen 42 Stimmen

Badischer Landtag

6. Sitzung

DJ. Karlsruhe, 9. Dez.

Präsident Duffner eröffnet nach 1/10 Uhr die Sitzung.
Nach Verlesung der Eingänge berichtet Abg. Heib (Sozdem.) über das

Notgesetz vom 12. November 1932

betr. Ergänzung des Notgesetzes über die Bürgschaft des Landes Baden für einen von den badischen Sparkassen und der badischen kommunalen Landesbank in Anspruch genommenen Wechselkredit. Es handelt sich dabei um die Übernahme von Bürgschaften in Höhe von 500 000 RM zum Zweck der Sicherstellung der Spareinleger von Sparkassen, wenn deren Gewährschaftsverbände zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen nicht in der Lage sind. Der genannte Betrag wird auf die im § 1 des Notgesetzes bezeichnete Summe von 40 Millionen angerechnet.

Das Notgesetz wird nachträglich genehmigt.
Es folgt die

zweite Lesung der Kirchenverträge

Zunächst nimmt

Kultusminister Dr. Baumgartner

das Wort und führt folgendes aus:

Ich lese in der „Breisgauer Zeitung“ vom 7. Dezember 1932 Nr. 288 ein großes Inserat mit folgendem Wortlaut: „Konkordat und Kirchenvertrag“ von Dr. Paul Schmittner, M. d. L., Landtagsrede vom 30. November 1932, sowie als Broschüre erschienen. Diesem Inserat ist folgende Empfehlung beigegeben:

„Die Ausführungen, mit denen der Fraktionsführer der badischen Deutschnationalen zur Frage des Konkordats und Kirchenvertrags Stellung nimmt, sind von so grundlegender Bedeutung, daß die als Sonderdruck erschienene Flugchrift weiteste Verbreitung verdient.“

Meine Damen und Herren! Im Interesse der historischen Wahrheit sehe ich mich genötigt, noch einmal zu einer vom Herrn Abg. Dr. Schmittner aufgestellten Behauptung eine Richtigstellung vorzunehmen:

In seiner ersten Rede zur 1. Lesung der beiden Kirchenverträge führte der Herr Abg. Dr. Schmittner, nachdem er daran Kritik geübt hatte, daß seine Partei nicht habe mitarbeiten können an der Gestaltung des Vertrages, u. a. wörtlich folgendes aus:

„Wie ganz anders war es in Preußen. Da hat man den Oppositionsparteien sehr wohl Gelegenheit gegeben, sich an diesem Ringen zu beteiligen. Gerade die Deutschnationale Partei des Preussischen Landtags wurde in die Lage versetzt, positiv mitzuarbeiten und Einfluß auf die Gestaltung der Verträge zu gewinnen. Und gerade diese Tatsache machte es für sie ja möglich, an sich für beide Verträge zu stimmen. Ganz anders hier bei uns in Baden! Keine der Oppositionsparteien, auch wir nicht, wurde in die Lage versetzt, mitzuarbeiten. Niemand wurde gefragt und niemand befragt, Einfluß zu gewinnen und zu seinem Teil zum Werk beizutragen.“

Dazu stelle ich als der zuständigen Minister folgendes fest: Ich habe bereits in meiner Erwiderung auf die Rede des Herrn Abg. Dr. Schmittner bei der 1. Lesung gesagt, daß aus den Sitzungsprotokollen der Verhandlungen im Preussischen Landtag über den Protestantenvvertrag vom 8. bis 10. Juni 1901 in keiner Weise irgendwie zu entnehmen sei, daß die Oppositionsparteien, also auch nicht die Deutschnationale Partei des Preussischen Landtags, am Vertragswerk irgendwie mitgearbeitet habe. Um aber ganz sicher zu gehen, habe ich mich bei einer an den Verhandlungen über die Kirchenverträge im Preussischen Landtag sehr maßgebend beteiligten Stelle erkundigt. Ich habe hierauf folgende Antwort erhalten:

„Auf Ihre Anfrage beehre ich mich zu erwidern, daß die Behauptung der badischen Deutschnationalen Fraktion, es seien bei der Schaffung des Staatsvertrages mit den evangelischen Landeskirchen in Preußen die Oppositionsparteien beigegeben worden, vollkommen aus der Luft gegriffen ist. Die Oppositionsparteien sind — genau wie die Regierungsparteien! — mit diesem Vertrage — ganz ebenso wie früher mit dem Konkordat — erst befragt worden, als er dem Landtag zwecks parlamentarischer Erledigung vom Staatsministerium vorgelegt wurde. Es ist also genau so verfahren worden, wie jetzt in Baden. Die gegenteilige Behauptung bezeichnet mir heute auf eine telefonische Anfrage meinerseits eine an der Vorbereitung und dem Abschluß beider Verträge maßgebend beteiligte Persönlichkeit evangelischen Bekenntnisses als „leeres Geschwätz“, man habe von der betreffenden Seite her wohl einmal einen Versuch gemacht, sich einzufühlen, sei aber seitens des Ministeriums abgewiesen worden.“

Meine Damen und Herren, dies zur Feststellung der historischen Wahrheit. Ich habe weiter mitzuteilen, daß mit Datum vom 5. Dezember 1932 eine Eingabe an mich gekommen ist betr. des evangelischen Kirchenvertrages, die unterzeichnet ist von 53 der evangelischen Konfession angehörigsten ordentlichen Professoren der Universität Freiburg. Diese Eingabe hat folgenden Wortlaut:

„Im Hinblick auf die Begründung zu Artikel VII Abs. 2 und 3, mit der die Evangelische Kirchenregierung den Vertrag des Staatsministeriums mit der Evangelisch-protestantischen Landeskirche der Evangelischen Landes Synode vorgelegt hat, und auf die Entschliebung, mit der die Landes Synode dem Vertrage zugestimmt hat, richten die unterzeichneten evangelischen planmäßigen Mitglieder des Lehrkörpers der Universität Freiburg an das Staatsministerium die Bitte, über die in dem genannten Artikel VII Abs. 2 und 3 der Evangelischen Kirchenregierung gemachten Zugeständnisse hinsichtlich der Befehung der Lehrstühle an der Theologischen Fakultät der Universität Heidelberg in keinem Falle hinauszuweichen.“

Wir halten es für wünschenswert, daß in den etwa zu treffenden Ausführungsbestimmungen das in dem Sitzungsprotokoll zu Artikel XI Abs. 2 des Preussischen Kirchenvertrages vorgesehene Verfahren auch bei uns nach Möglichkeit in Anwendung gebracht wird. Insbesondere sollte die Einwirkung der Kirchenregierung auf die Geltendmachung von Bedenken gegen Bekenntnis und Lehre des zu berufenen Dozenten beschränkt sein und im Falle einer Meinungsverschiedenheit gemeinsame

Verhandlungen zwischen der Kirchenregierung und der Fakultät unter Mitwirkung eines Mitgliedes der Staatsregierung vorgezogen werden, aber die Entscheidung selbstverständlich dem Staatsministerium vorbehalten bleiben.“

Ich stelle fest, daß unter diesen 53 Namen auch solche sich befinden, deren Träger ganz zweifelslos nicht der Deutschen Volkspartei, sondern wohl sicher der Deutschnationalen Partei angehören. Ich bin überzeugt, daß so, wie diese Unterzeichner denken, auch sehr weite Kreise in der Evangelischen Landeskirche zu dieser Frage eingestellt sind. Ich habe es für meine Pflicht gehalten, auch hier von dem hohen Hause Kenntnis zu geben, insbesondere im Hinblick darauf, daß der Sprecher der Deutschnationalen Fraktion in seiner Rede immer auf die sog. innere Inparität abgehoben hat und füge bei, daß vor kurzem in einem Vortrag hier in Karlsruhe der evangelische theologische Professor Geh. Kirchenrat Dr. Bauer, Heidelberg, zur Befehung der Lehrstühle der Evangelisch-Theologischen Fakultät in Heidelberg u. a. ausgeführt hat: „Gerade die in diesem Punkt ungleiche Behandlung von Evangelischer und Katholischer Kirche trägt den Eigenarten der beiden Kirchen Rechnung. Denn Parität bedeutet nicht „Jedem das Gleiche“, sondern „Jedem das Seine“. Und der Sprecher der Liberalen in der Landes Synode, Pfarrer Rath aus Mannheim, schloß seine Ausführungen mit dem Satz: „Wahrscheinlich war für die liberale Gruppe in der Landes Synode die Überzeugung, daß der Vertrag einerseits keine Gefährdung der Staatsautorität bringt, andererseits der Evangelischen Kirche geistliche Entwicklungsmöglichkeiten sichert.“ Ich wiederhole, was ich auch in der 1. Lesung betont habe, daß hier keine innere Inparität und damit kein zureichender Grund vorliegt, die Kirchenverträge abzulehnen. Wenn es darum zu tun ist, daß die Verhältnisse zwischen dem Staat und den beiden großen Kirchen völlig geklärt und geordnet werden und damit der dauernde religiöse Friede im Lande Baden gesichert wird, der kann nicht ablehnen, sondern er muß seine Zustimmung geben.“

Für das Zentrum

spricht Abg. Haas. Er bearründet nochmals die Notwendigkeit des Konkordats zur Befestigung der Rechtsunsicherheit in bezug auf die Befehung des Erzbischofsstuhls, die finanziellen Verpflichtungen usw. Die Regierung habe es streng vermieden, Konfliktsstoff in das Konkordat aufzunehmen. Mit Ausnahme der Staatspartei und Kommunisten hätten alle Parteien, die heute gegen die Verträge stimmen, anerkannt, daß Kirchenverträge historisch und rechtlich begründet und gerade in heutiger Zeit geeignet seien, Zweifelsfragen auszuräumen. Um so bedauerlicher sei, daß sie sich nicht dazu verstehen können, den Verträgen zuzustimmen. Der Redner meint, nicht die Frage, ob man bei der Vorbereitung dabei war, sollte entscheidend sein, sondern der Inhalt. Ein Versuch, sich mit der Staatspartei kulturpolitisch zu verständigen, wäre ausichtslos. Bedauerlich sei, daß die Sozialdemokraten aus parteipolitischen Gründen gegen die Verträge stimmten. Der Redner legt sich dann mit den gegen die Verträge ins Feld geführten Argumenten auseinander.

Namens der Deutschnationalen

führt Abg. Dr. Schmittner aus, maßgebend für die Ablehnung sei und bleibe die innere Inparität. Wir sind darüber orientiert, daß während der Verhandlungen in Preußen eine allerdings nicht offizielle Fühlungnahme mit namhaften privaten Persönlichkeiten stattgefunden hat. (Abg. Dr. Jöhr: Das trifft nicht zu — Widerspruch der Deutschnationalen.) Redner fährt fort: Was geht uns die Erklärung der Freiburger Professoren an? (Lachen im Zentrum.) Für uns ist die Entscheidung in dieser Frage eine Wissenschaftsfrage. Wir wollen, daß sich der positive Gedanke auswirkt. Wir können darum nicht anders handeln und müssen die Verträge wegen ihrer inneren Inparität ablehnen.

Der Standpunkt der Kommunisten

wird vom Abg. Volk in längerer, sehr scharfer Rede dargelegt. Er bedeutet grundsätzliche Gegnerchaft.

Abg. Dr. Walder (D. Vp.) macht einige Bemerkungen zum evangel. Kirchenvertrag. Er findet die Erklärung der Freiburger Professoren recht beachtlich.

Abg. Frau Nibel (Zentr.) sagt, die Verträge zeichneten sich durch Klarheit und Schlichtheit der Sprache aus und gäben jedem das Seine. Die Freiheit der religiösen Einstellung und Betätigung des Lehrers wie auch das Elternrecht würden durch die Verträge nicht berührt.

Abg. Kroenlein (Ev. Volks.) führt aus, der Einfluß der evang. Kirchenregierung auf die Befehung der Lehrstühle der evang. Fakultät gehe nicht weit genug. Alles, was heute von Zentrumseite gesagt wurde, sei ein Rückzugsgesicht. (Heiterkeit im Zentrum. — Abg. Seubert ruft: Herr Kroenlein, sollen wir den evang. Vertrag ablehnen? — Abg. Kroenlein: Das wünsche ich nicht von Ihnen. — Erneut große Heiterkeit.)

Abg. Dr. Jöhr (Zentr.) setzt sich mit den Deutschnationalen und dem Evang. Volksdienst auseinander. Die Evang. Kirche werde durch den Vertrag zwar nicht alles, aber mehr erhalten als sie heute habe. Angesichts der Notwendigkeit einer gemeinsamen Abwehrfront gegen den Bolschewismus hätte man den beiden Regierungsvorlagen ein anderes Echo im Hause gewünscht. In Wirklichkeit sei die Zahl der Konkordatsfreunde weit größer, als die Zahl der Nasager vermuten lasse. Trotz der knappen Mehrheit sei zu hoffen, daß sich das Vertragswerk positiv auswirken wird, und daß auch die Gegner später einsehen werden, daß etwas Gutes geschaffen wurde. (Beifall im Zentrum.)

Minister Dr. Baumgartner

macht dem Abg. Dr. Schmittner gegenüber verschiedene Feststellungen. (Lebhafter Widerspruch auf Seiten der Deutschnationalen.) Wenn die Möglichkeit nicht bestand, für die evang. Kirche hundertprozentig da zu stehen, was gewünscht wird, so mußte eben der Weg des Kompromisses beschritten werden. Alle gegen die Verträge vorgebrachten Argumente hält der Minister nicht für stichhaltig.

Abg. Dr. Schmittner (D. Natl.) erklärt nachdrücklich, daß die Stellungnahme der Deutschnationalen zum inneren sachlichen Gründen, nicht etwa von parteipolitischen Gründen diktiert sei.

Minister Dr. Baumgartner und Abg. Dr. Jöhr (Zentr.) ergreifen nochmals das Wort zur Erwiderung.

Abg. Walder (Ev. Volks.) gibt eine feine Ablehnung begründende Erklärung ab.

Auch sie können höchstens, vorsichtig angelegt, und zwar so, daß auf keinen Fall, weder eine Gefährdung der Währung, noch eine solche der Staatsfinanzen eintritt, zeitweise erleichternd und fördernd wirken, sind aber kein Mittel für die Gesundung, die nach Wiederherstellung der psychologischen Voraussetzungen, vor allem des Vertrauens in den Staat nur aus den eigenen Kräften der Wirtschaft heraus kommen kann.

Die erste Frage aber: Wie steht es mit der Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft an und für sich? wird jetzt eigentlich ziemlich übereinstimmend dahin beantwortet, daß wir weder in der Welt, noch in Deutschland bereits einen eigentlichen und direkten Aufschwung beobachten können, sondern daß sich augenblicklich alles gewissermaßen in einer Horizontale bewegt. Dieser Meinung ist auch das Institut für Konjunkturforschung in seinem letzten, Anfang dieses Monats abgeschlossenen Bericht, der aber die Periode der krisenhaften Wirtschaftsschrumpfung sowohl für Deutschland wie für die Weltwirtschaft als abgeschlossen betrachtet. Dieser Bericht ist freilich nicht so optimistisch, wie der Ende August von dem Institut herausgegebene Bericht, der „in breiter Front nachhaltige Ansätze zu einem Tendenzumschwung in der Weltwirtschaft“ bereits festzustellen glaubte. Immerhin lautete der neue Bericht für Deutschland insofern optimistisch, als gesagt wird, die Konjunktur sei bei uns in einen grundsätzlich neuen Entwicklungsabschnitt übergegangen und ein Rückfall in eine neue scharfe Krise, sei nicht zu befürchten, wenn nicht etwa politische Schwierigkeiten auftreten, die jedoch auch eine widerstandsfähigere Wirtschaftskonstellation vorfinden würden als 1930/31. Eine schnelle Überwindung der Depression, wie nach der Krise 1925, sei aber wenig wahrscheinlich, da Deutschland neue Absatzgebiete brauche und die Möglichkeit einer isolierten deutschen Binnenmarktkonjunktur solange nicht gegeben sei, als nicht der Kapital- und Devisenmarkt eine entscheidende Entlastung erfahre. Eine innerdeutsche Entlastungsmöglichkeit sieht aber bekanntlich Wagemann, der Leiter des Instituts für Konjunkturforschung, in seinen Kredit- und Arbeitsbeschaffungsplänen.

Der deutsche Autoabsatz leidet bekanntlich sowohl unter der steuerlichen Überlastung des Kraftverkehrs, wie unter den allgemeinen Schwierigkeiten der Wirtschaftslage. Interessante Ziffern sind den Berichten der großen Autofabriken darüber zu entnehmen. Dennoch lautet z. B. der Bericht von Daimler-Benz im ganzen optimistisch. Die Gesellschaft, die 1931 einen Verlust von 15 1/2 Millionen Reichsmark zu verzeichnen hatte, hat diesen Verlust zwar im abgelaufenen Geschäftsjahr noch nicht einbringen können, so daß sie ihre endgültige Sanierung noch aufschiebt, aber sie kann das damit begründen, daß die nun energisch in Angriff genommene Anpassung an die veränderte Geschäftslage wenigstens jetzt zu einem annähernden Ausgleich der Kosten und Erlöse geführt hat. Der Bericht berücksichtigt das nun fast abgelaufene Jahr 1932 bereits und gibt ein Bild von der Veränderung und der Lage auf dem Automobilmarkt. In der ganzen Welt wird der Absatz an Kraftwagen in den ersten 9 Monaten 1932 auf 1,4 Millionen Stück im Nettohandelswert von 3,2 Milliarden geschätzt, gegen 3 Millionen Stück für 7,8 Milliarden 1931 und 6,3 Millionen Stück für 18 Milliarden 1929. In Deutschland waren 1928 137 000 Wagen für 690 Millionen RM, abgesetzt worden. 1931 79 400 Wagen für 291 Millionen RM, und 1932 sind es rund 40 000 für 150 Millionen RM. Daimler-Benz — bisher eine Produktionsstätte ausgesprochen hochwertiger und dementsprechend teurer Wagen — suchte dieser Lage sich durch Einführung eines kleineren und billigeren Typs anzupassen, und dadurch ist es ihm gelungen, seinen Stückanteil am deutschen Personenwagenabsatz von 6—7 Proz. in den Jahren 1929/31 auf etwa 13—14 Proz. im laufenden Jahre zu steigern und so die Stückzahl tatsächlich um 40 Proz. in die Höhe zu bringen, während diese im gesamten deutschen Autoabsatz um etwa 30 Prozent sank. Auch im Lastkraftwagenabsatz erreichte Daimler-Benz im dritten Quartal im Verhältnis zum Vorjahr ein Plus von 13 Proz. trotz des allgemeinen Rückgangs von 41 Proz. Das Lastkraftwagenwerk Gaggenau konnte vor allem infolge der Nachfrage nach Nutzwagen mit Dieselmotoren so gut beschäftigt werden, daß Neueinstellungen stattfinden mußten.

Das größte deutsche Werk, Opel, das sich bekanntlich in ausländischen Händen befindet und der amerikanischen Generalmotors-Company gehört, weist zwar auch wieder einen Verlust von 3,38 Millionen RM, als Neuverlust zu einem bisherigen Gesamtverlust von 15,6 Millionen RM, auf, bringt aber in seinem Jahresbericht gleichfalls eine optimistische Beurteilung. Zwar konnte der Gesamtumsatz am Inlandmarkt durch den Export nicht voll ausgeglichen werden (obwohl dieser selbst stark zunahm), aber Opel hat allein zweimal soviel Automobile exportieren können, wie die übrige deutsche Automobilindustrie zusammen. Die Gesellschaft hofft, durch weitere vorsichtige Arbeitsplanung ihre Belegschaft von über 6000 Arbeitern und Angestellten konstant halten zu können, und beurteilt ihre Aussichten für das laufende Jahr günstig, da schließlich die auf dem Kraftverkehr liegenden Lasten zwangsläufig auf ein erträgliches Maß zurückgeführt werden müßten und schon ein geringer Anstieg der Absatzzahlen genügen werde, auch einen finanziellen Erfolg sicher zu stellen.

Weihnachts-Anzeiger 1932

Guten Radio-Empfang nur durch eine **gute Radio-Anlage**

BLAUPUNKT W 4000

4 Röhren - Dreikreis - Exponential - Empfänger
mit absoluter Einknopfbedienug und Tonblende
Preis kompl. m. R. 231,90 RM.
dto. m. eingebaut. dynam. Lautsprech. 258,90 RM.

RADIO-

SPEZIALHAUS Ing. H. DUFFNER
MARKGRAFENSTRASSE 51 BEIM RONDELLPLATZ

Besuchen Sie meine ständige Radio-Ausstellung

BLAUPUNKT LW 2000

2 Röhren-Schirmgitter-Kombinationsempfänger
mit eingebautem dynam. Lautsprecher, hervor-
ragende Empfangsleistung
Preis komplett m. R. 159,50 RM.

Beliebte Weihnachts-Geschenke



sind
**Qualitäts-
Bestecke**

Näh- und Nagelpflege-Etuis
sämtliche Solinger Stahlwaren

M.130 aus den ältesten Fachgeschäften von Karlsruhe
GESCHW. SCHMID • P. SCHÄFER
Kaiserstraße 88 Erbprinzenstraße 22

Denken Sie rechtzeitig an Ihre

Weihnachtseinkäufe!

Vorteilhaft und billig kaufen Sie:

Kleiderstoffe	Schlafdecken	Weißwaren,
Seidenstoffe	Steppdecken	Tricotagen
Mantelstoffe	Betttücher	Wollwaren
Herrenstoffe	Bettfedern	Kübler-Kleidung

bei
J. Hertenstein

Inhaber: R. Kutterer
Herrenstraße 25 Ecke Erbprinzenstraße
Bekannt gute Qualitäten Fachm. Bedienung

Noch nie so billig!



Damentaschen
Lederkoffer
Schulranzen
Schülermappen
Aktmappen
Musikmappen
Schreibmappen
Brieftaschen

nur im Spezialgeschäft für
Lederwaren, Reiseartikel

G. DISCHINGER Kaiserstr. 105, zwischen Adler-
und Kronenstr. • Tel. 2618
Eigene Werkstätte — stets Eingang von Neuheiten M.131

FÜR WEIHNACHTEN

bringen wir unser reichhaltiges Lager
in kompletten Krippen und Einzel-
teilen zum Selbstbauen. Statuen,
Kruzifixe, Bilder, religiöse Bücher,
Magnifikate, Meßbücher, schöne
Literatur, Briefpapier, Kinderpost
u. Erzählungsbücher zu bill. Preisen

M.140
JOS. DORER K.-G.
ERBPRINZENSTRASSE 19, TELEFON NR. 2815

Der Weihnachtsstern

Von Osten strahlt ein Stern herein
Mit wunderbarem, hellem Schein,
Es naht, es naht ein himmlisch Licht,
Das sich in tausend Strahlen bricht!

Ihr Sternlein auf dem dunklen Blau,
Die all ihr schmückt des Himmels Bau,
Zieht euch zurück vor diesem Schein,
Ihr werdet alle winzig klein!

Berdunkelt, Sonnenlicht und Mond,
Die ihr so stolz am Himmel thron!
Es naht heilig leuchtend fern
Von Osten her der Weihnachtsstern.

Franz von Pöckl.

Ausstellung in guten Spielwaren

aller Art
SONDERABTEILUNGEN
TECHNIK IM SPIEL
Freispiele-Puppenklinik

Illustrierter Weihnachtskatalog
auf Verlangen kostenlos

M.129
F. Wilhelm Doering
ÄLTESTES SPIELWAREN-HAUS
Karlsruhe i. B., Ritterstraße, Ecke Zähringerstraße

14 kar. Gold-Füllhalter

2,50, 3,50, 5,—, 7,50, 10,—, 13,50 RM.
Der durchsichtige Pelikan-Füllhalter • Der idealste
Füllhalter der Gegenwart • Größte Auswahl bei

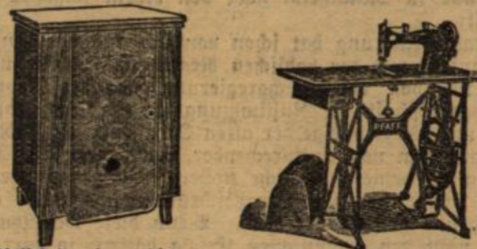
M.133
ROBERT KNAUSS, KARLSRUHE i. B.
Kaiserstraße 159, Ecke Ritterstraße

SCHIRMME

in den modernsten Ausführungen, in jeder Preislage
das praktische Geschenk
von

A. & H. KRETSCHMAR
nur Kaiserstraße 82a. M.145

Nützliche Weihnachtsgeschenke



Pfaff-Schrankmaschine
Pfaff-Nähmaschinen
in modernen Möbelausstattungen zu billigst gestellten Preisen

Nählampen • Näh-Motore
Zickzack-, Hohlraum- und Knopfloch-Apparate
Schreibmaschinen
Günstige Zahlungsbedingungen

Georg Mappes Karl-Friedrich-
Straße 20.

Besondere Freude

durch praktische Geschenke

Sie finden bei uns viele Neu-
heiten für Haus und Küche!
Junker & Ruh-Gasherde
von 80,— RM.
Kohlenherdem Nickelschiff
von 62,— RM.
Ofen von 13,50 RM.
Staubsauger, neue Modelle
mit komplett. Zubehör von
79,50 RM. an
Elektr. Geräte aller Art: Schlit-
schuhe, Kinder- und Rodel-
schlitten, Laubsäge- und Werk-
zeugkästen, Metallbaukästen
„Märklin“, Luftgewehre, rost-
freie Stahlwaren, Bestecke

Besichtig, ohne Kaufzwang. Gekaufte Waren werd. zurückgestellt
HAMMER & HELBLING
Gegründet 1809 Kaiserstr. 155/57 Fernspr. 458/459

Das gute Bild

die geschmackvolle Photo- und Bilder-Einrahmung
Kunstmappen / Künstlerkarten

empfiehlt als willkommene
in großer Auswahl bei billigster Berechnung

Weihnachts-Geschenke

E. Büchle

Inh.: W. Bertsch, Karlsruhe i. B., Ludwigsplatz

Beachten Sie bitte
meine 5 Schaufenster



Druck G. Braun, Karlsruhe